

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

Vorläufiger Bericht über den Parteitag 1947

Zum Nürnberger Parteitag der SPD vom 28. Juni bis 2. Juli 1947 waren 357 Delegierte aus den Westzonen und Berlin erschienen. Die Zahl der Teilnehmer insgesamt, der ausländischen und inländischen Gäste, der Pressevertreter und anderer Personen, die mittelbar auf dem Parteitag zu tun hatten, betrug nach den Feststellungen des Quartieramtes zwischen 1.000 und 1.100.

Unter den ausländischen Gästen befanden sich sämtliche Mitglieder der vor einiger Zeit in Zürich eingesetzten sogenannten Kontakt-Kommission, mit Ausnahme des polnischen und des schweizerischen Vertreters. Es waren Vertreter der sozialdemokratischen Parteien erschienen aus: England, Frankreich, Italien, Österreich, Belgien, Holland, Norwegen, Schweden, Dänemark und Ungarn. Dazu kamen zahlreiche deutsche Sozialdemokraten aus der Emigration, darunter Friedrich Stampfer aus New York.

Am Vorabend des Parteitages fand eine Pressekonferenz statt, auf der Kurt Schumacher während einer guten Stunde zahlreichen aus- und inländischen Pressevertretern auf Fragen antwortete.

Am Sonntag, den 29. Juni vormittags eröffnete der Stellvertretende Erste Vorsitzende Erich Ollenhauer den Parteitag mit einer längeren Begrüßungsansprache.

Im Anschluss daran wurde die Wahl des Präsidiums des Parteitages vollzogen, die einstimmig erfolgte. Das Präsidium setzte sich aus 6 Delegierten zusammen, und zwar zwei Vorsitzenden und vier Schriftführern. Zu Vorsitzenden wurden Erich Ollenhauer vom Parteivorstand und der Genosse Lossmann vom gastgebenden Bezirk gewählt.

Der Parteitag nahm dann auf Vorschlag Ollenhauers die Tagesordnung des Parteitages an, die gegenüber einem ursprünglichen Plan um einige Punkte erweitert wurde. In der endgültig angenommenen Fassung hatte sie das folgende Aussehen:

1. Eröffnung und Begrüßungen
2. Deutschland und Europa, Genosse Dr. Kurt Schumacher,
3. Arbeitsbericht des Parteivorstandes
 - a) Politischer Bericht, Referent Genosse Erich Ollenhauer,
 - b) Organisation und Kasse, Referent Genosse Alfred Nau,
 - c) Presse und Propaganda, Referent Genosse Fritz Heine,
 - d) Frauensekretariat, Referent Genossin Herta Gotthelf,
 - e) Kontrollkommission, Referent Genosse Adolf Schönfelder.
4. Der Aufbau der deutschen Republik, Genosse Dr. Walter Menzel,
5. Die wirtschaftspolitischen Forderungen der Sozialdemokratie (Bericht über die wirtschaftspolitische Tagung), Berichterstatter Genosse Professor Dr. Eric Nölting,
5. Die kulturpolitischen Forderungen der Sozialdemokratie (Bericht über die kulturpolitische Tagung), Berichterstatter Arno Hennig,

- 6a Die agrarpolitischen Forderungen der Sozialdemokratie (Bericht über die agrarpolitische Tagung) - Berichterstatter Genosse Herbert Kriedemann.
- 6b Die sozialpolitischen Forderungen der Sozialdemokratie (Bericht über die Tätigkeit des Sozialpolitischen Ausschusses) - Berichterstatter Genosse Dr. Paul Nevermann.
7. Sonstige Anträge.
8. Wahlen
 - a) des Parteivorstandes,
 - b) der Kontrollkommission.

Nach der Konstituierung des Parteitages ergriff der Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg, der Genosse Hans Ziegler, das Wort zu einer Begrüßungsansprache, in der er daran erinnerte, dass er bereits im Jahre 1908, also vor fast vierzig Jahren, als Delegierter an einem Nürnberger Parteitage teilgenommen habe. Genosse Ziegler ging auf die wechselvolle Geschichte der Stadt Nürnberg ein, nach ihm sprach Genosse Josef Simon im einzelnen über die Nürnberger Partei- und Arbeiterbewegung.

Die Reihe der ausländischen Delegationsführer eröffnete das Mitglied des Exekutivkomitees der Labour Party, und Mitglied des Unterhauses Joe Reeves als offizieller Vertreter der britischen Arbeiterpartei. Nach Worten der Würdigung der Labour Party, ihrer Geschichte und ihrer Leistung besond- ders in den vergangenen zwei Jahren ihrer Regierungarbeit erklárte der Redner: "Wir in Grossbritannien wissen, dass das gemeinsame Band, das die Sozialisten der Welt vereint, alle nationalen Verschiedenheiten in einer grossen Menschheitsidee überwindet. Wir hoffen, den Tag zu erleben, an dem wir durch unsere gemeinsamen wirtschaftlichen und kulturellen Errungen- schaften die Zerstörungen des Krieges überwunden haben als Vorbereitung für eine neue Weltordnung, in der die Rechte des Einzelnen stärker sind als private Profitinteressen oder nationalistische Ideologien." - Und gegen Schluss seiner Ausführungen beteuerte er den Willen der englischen Sozialisten, ihre ganze Kraft daran zu setzen, jene Bedingungen zu erkämpfen, die das Recht aller sein sollten, ganz gleich, zu welcher Na- tion und zu welcher Volke sie gehören mögen.

Der holländische Vertreter Thomassen, der für sich einen besonders star- ken Erfolg buchen konnte, übergab zunächst eine Fahne der SAJ, die 1933 heimlich nach Holland gebracht und dort während der Naziherrschaft und des Krieges verborgen gehalten wurde dem Parteivorstand. Gen. Thomassen sprach dann vor der Furcht, die auch heute noch vielfach vor dem deut- schen Nationalismus herrsche und fügte hinzu: "Ich freue mich, wenn ich wieder zu Hause bin, sagen zu können, dass Sie diese Gefahr kennen. "Auch in Holland herrsche Sorge über die Zukunft des Sozialismus. Der modernen Sozialismus werde nur dann gelingen, wie es in England gelungen sei, zur Mehrheitspartei zu werden, wenn man neue Quellen des Sozialismus finde." Der Redner wies dabei auf die Bildung neuer religiöser Gruppen der so- zialistischen Partei in Holland hin. Dieses grosse Erneuerungswerk kön- ne nur gelingen, wenn man bei aller Arbeit nicht an Doktrinen haften blei- be, sondern sich immer bewusst bleibe, dass es um Menschen geht.

Der Genosse Joe Saunness, Norwegen, sprach davon, dass die deutsche So- zialdemokratie allein die tragende und führende Kraft dem Aufbau des neuen Deutschland auf neuer sozialer, politischer und menschlicher Grundlage sein könne. Auf ihr ruhe die Verantwortung und Aufgabe, das Vertrauen zu dem deutschen Volke dort wieder herzustellen, wo es durch unzählige Schandtaten, im Namen des deutschen Volkes begangen, zerrüttet wurde.

Mit der einleitenden Begrüßung der schwedischen Delegierten Björk und Tellin verband Erich Ollenhauer den besonderen Dank der deutschen Sozialdemokratie an alle drei skandinavischen Parteien für die praktische Hilfe, die sie der SPD in der schwersten Zeit ihrer Geschichte in jedem skandinavischen Lande gegeben haben.

GENOSSE Kay Björk erklärte, die schwedische Sozialdemokratie sei sehr daran interessiert, dass die Demokratie und der Sozialismus in Deutschland neue Möglichkeiten bekommen. "Wir sind der Ansicht, dass die deutsche Sozialdemokratie Unterstützung von der Internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung haben muss."

Für Dänemark sprach H.C. Hansen, einer der führenden Repräsentanten der dänischen Widerstandsbewegung und einer der, die in dem Augenblick, da Dänemark wieder eine freie Regierung hatte, in ihr eine maßgebende Rolle spielten. Die Besatzungszeit habe, so sagte er, ihre Nachwirkung auch in der Beurteilung des Deutschland von heute. Aber es bestehe doch in Dänemark die Auffassung, dass es für den Wiederaufbau einer neuen friedlichen Welt unbedingt notwendig sei, den demokratischen Kräften in Deutschland und insbesondere der deutschen Sozialdemokratie Vertrauen entgegenzubringen. Er erinnerte an die Stimmabgabe der dänischen Sozialdemokratie in Zürich für die Aufnahme der SPD in die Internationale, in der die Auffassung zum Ausdruck kam, Europa braucht Deutschland und Deutschland braucht Europa. Der Redner teilte mit, dass die dänische sozialdemokratische Jugendorganisation zu dem diesjährigen großen Jugendtreffen auch eine Anzahl deutscher jugendlicher Sozialisten eingeladen haben.

Für Österreich sprach Genosse Franz Jonas über den Kampf Österreichs gegen zwei Faschismen, den Austro-Faschismus der Heimwehr-Bewegung von 1934-1938, der dem hitlerischen Faschismus voranging. Die erste Richtung habe es vermocht, durch die Gunst der Verhältnisse im Jahre 1945 auf der Hintertreppe wieder in die österreichische Innenpolitik einzutreten. Diesen Faschismus zu bekämpfen, sei besonders schwer, weil er vielfach unsichtbar sei. Genosse Jonas sprach dann von dem schweren Gegenwartekampf Österreichs um die Verwirklichung der ihm von den Besatzungsmächten zugesagten formellen Selbständigkeit und Unabhängigkeit und unterstrich das unbedingte Gebot einer vollkommenen Unabhängigkeit Österreichs nach allen Seiten. Er sei für die Österreicher eine Sache der politischen Klugheit, die deutsche Kraft zu unterstützen, von der man die Gewähr habe, dass sie die einzige sei, die die Demokratie und den Sozialismus verwirklichen könne.

Der Genosse Buchinger, Ungarn, kam auf die kürzliche ungarische Regierungskrise zu sprechen in einem Sinne, der dem emigrierten Ministerpräsidenten Nagy und seine Anhängerenschaft einer scharfen Kritik unterzog, und sprach von den verheerenden Folgen einer möglichen Wiedereinsetzung des reaktionären Regimes für das ungarische Proletariat, aber auch für den kleinen ungarischen Landbesitzer.

Leon Dennen, Amerika, überbrachte die Grüße der Sozialdemokratischen Föderation Amerikas und "aller fortschrittlichen Kräfte, die von der Anständigkeit und Brüderlichkeit des Heil der Welt erwarten."

Besonders ausführlich war die Begrüßungsansprache des französischen Vertreters Salomon Grumbach, nach dem Wort Ollenhauers "eines der europäischen Sozialisten, die in ihrer eigenen Lande und in ihrer eigenen praktischen Arbeit die Geschichte des Internationalen, vor allem Dingen des europäischen Sozialismus der letzten vierzig Jahre verkörpern. Er sprach als Vertreter des Parteivorstandes der französ. sozialistischen

Partei, der französischen Sektion der sozialistischen Arbeiterinternationale, und als Mitglied der Neuner-Kommission, die kürzlich in Zürich ernannt wurde, um sich mit der deutschen Sozialdemokratie zur Wiederaufnahme ständiger und organischer Beziehungen in Verbindung zu setzen.

"Die Welt", so erklärte er, "erwartet die Erfüllung einer ungeheuren Mission durch die deutsche Sozialdemokratie. Sie und die sozialistischen Parteien aller Länder erwarten, dass die deutsche Sozialdemokratie diejenige Auffassung über Demokratie und Gesellschaftsordnung und über das Wesen des Einzelmenschen hat, die ihr die Möglichkeit gibt, Deutschland das neue Gesicht zu geben, welches nach den Zerstörungen durch des Hitler-Vorbereiten ihm gegeben werden muss." Grumbach verlas eine ausführliche Erklärung, in der er gegen die oberflächliche Auffassung Stellung nahm, Dr. Schumacher oder die deutsche Sozialdemokratie hätten in Zürich "eine Niederlage erlitten". Davon könne gar keine Rede sein.

An anderer Stelle seiner Ausführungen fand er die bemerkenswerte Formulierung: "Für die Demokratie ist die Besetzung eine schlechte Schule. Sie steht vor dem scheinbar unlösbaren Problem, demokratische Grundsätze unter einem militärischen Regime durchzuführen. Es wird die Aufgabe der sozialistischen Parteien derjenigen Länder sein, die diese militärische Besetzung durchführen und dafür zu sorgen, dass diese militärischen Besetzungen und die damit verbundenen Notwendigkeiten keine unüberwindbaren Hindernisse für die Demokratie werden."

Nach einem zusammenfassenden Dank Erich Ollenhauers an die ausländischen Gäste nahm der 1. Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Dr. Kurt Schumacher, zu dem Thema "Deutschland und Europa" das Wort, worüber ausführlich berichtet wurde.

Den zweiten Verhandlungstag, Montag, den 30. Juni, leitete Erich Ollenhauer mit der Bekanntgabe der Anwesenheit einer Reihe weiterer Genossen des Auslands, dann mit der Verlesung von mehreren Begrüßungstelegrammen ein, so dem von Genossen Irving Brown, der in Deutschland der Vertreter der American Federation of Labor, der grossen Gewerkschaftsorganisation in Amerika ist. Ferner lagen Grüsse vor von der Sozialistischen Partei Amerikas, der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei von Rumänien und anderer Gruppen.

An diesem Tage nahm auch der sozialistische belgische Veteran Louis de Brouckère, der verspätet in Nürnberg eingetroffen war, das Wort zu einer sehr herzlichen Begrüßung. Brouckère ist der Vorsitzende der auch in diesem Bericht schon mehrfach erwähnten Kontaktkommission. Nach ihm kam die Reihe an die Vertreter der deutschen Sozialdemokratischen Emigration. Wilhelm Sander sprach für die englische Gruppen, Friedrich Stampfer, der ehemalige Chefredakteur des sozialdemokratischen Zentralorgans, "Vorwärts", für die Freunde aus Amerika. Seine Ausführungen wurden in diesem Dienst bereits veröffentlicht.

Dann gab Franz Neumann, der Vorsitzende der Berliner Sozialdemokratie, ebenfalls als Gast, eine Erklärung seiner Berliner Freunde an den Nürnberger Parteitag ab, die die engste kameradschaftliche Verbundenheit der Berliner Sozialdemokratie mit ihren Freunden in allen anderen Teilen Deutschlands unterstrich. Dieser Erklärung folgte sofort die Abstimmung zu dem vorliegenden Antrag 8, der lautete:

"In der Erwartung einer baldigen Verwirklichung der politischen und geistigen Einheit Deutschlands und in der Erkenntnis, dass diese durch die Organisation der politischen Parteien im ganzen Gebiet am besten gesichert wird, beantragen wir hiermit, den Landesverband Berlin der SPD als Bezirksorganisation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands anzuschliessen." Der Antrag wurde ohne Diskussion einstimmig angenommen.

Bei dem folgenden Eintritt in die Diskussion über die Schumacher-Rede gab Ollenhauer bekannt, dass nach der beschlossenen Geschäftsordnung jedem Redner zehn Minuten zur Verfügung stünden.

Als erster sprach Ernst Reuter, Berlin, über die führende Rolle Berlins in der deutschen Zukunft. "Es kann in Deutschland keine Stadt geben und keine politische Organisation unserer Arbeit, in der das Gefühl für die nationale Einheit unseres Landes so lebendig ist, wie in unserer Stadt. Der Einheitsgedanke ist für uns in Berlin eine Frage auf Leben und Tod, ohne die wir auf die Dauer keine Existenzberechtigung haben. In den ungewöhnlichen Schwierigkeiten unserer besonderen Berliner Situation verkörpern sich die ganzen schwierigen Probleme, mit denen Deutschland als Gesamtheit noch mehr zu rechnen haben wird, wenn man erst an die Aufgabe herangeht, ein einheitliches Deutschland auch politisch durch Schaffung einer einheitlichen Regierung zustandezubringen. Er richtete scharfe Attacken gegen die Machenschaften der SED und erklärte dazu: "Seien Sie sich darüber im Klaren, dass das, was wir in Berlin durchzuexerzieren haben, wir in ganz Deutschland werden durchkämpfen müssen. Deutschland kann seinen Weg auf die Dauer weder in einer einseitigen Orientierung nach der einen oder anderen Seite finden, es kann ihn nur finden, wenn es als Freund aller benachbarten Mächte selbständig seinen eigenen friedlichen Weg geht, den friedlichen Weg nicht einer nationalistisch-chauvinistischen Gesinnung, sondern den friedlichen Weg einer nationalen Selbstachtung, ohne die es keine Achtung von aussen geben kann."

Der Genosse Reichhardt, Wiesbaden, wies darauf hin, dass die SP in seinem Bezirk noch nicht voll zur SED gehöre. Sie sei als solche nicht genehmigt, fühle sich aber trotzdem als ein Teil der Gesamtpartei. Von dieser aber sei ein grösseres Verständnis "für unseren entlegenen fernen Winkel des Südwestens" zu erwarten. Er trat für eine stärkere Erweckung des Interesses an Kultur- und insbesondere Schulproblemen ein. Mit kulturpolitischen Fragen befasste sich auch eingehend Willi Eichler, Köln. Die Kulturpolitik drohe überhaupt im Rahmen der gesamten Parteipolitik zu kurz zu kommen. Die Partei müsse sich auch stärker um den Rundfunk kümmern. Bei Kulturpolitik im weiteren Sinne handele es sich um eine Neufassung und Neufassung der geistigen Grundlagen der Partei. Er setzte sich für die Bildung einer Studienkommission ein, deren Aufgabe es zu sein habe, die Stellung der Partei zur Religion, zur Ethik, zum Materialismus und zu sehr vielen anderen -ismen einer gründlichen Prüfung zu unterziehen. Notwendig sei auch eine intensivere Schulung junger Funktionäre, von denen man annimmt, dass sie bildungsfähig und politisch aktiv und interessiert sind.

Der Genosse Werner Jakoby warnte vor einer Entpolitisierung der Verwaltung und der Wirtschaft, anknüpfend an einen Artikel von Erich Reger im "Tagesspiegel".

Gustav Klingelhöfer, Berlin und Alfred Kubel, Braunschweig widmeten sich vornehmlich der grossen deutschen Gegenwartsnot und insbesondere den ungeheuren Gefahren eines neuen Katastrophenwinters, wobei Klingelhöfer zunächst an die Genossen im Auslande den dringenden Wunsch richteten, sie sollten sich entschliessen, zurückzukehren, da man sie dringend brauche. Kubel gab die bestürzende Erklärung ab, "dass eine Sicherung des Hausbrandes, die praktisch nur von der Kohlenseite kommen kann, ebenso praktisch unerreichbar ist. Für eine solche Sicherung müssten wir im günstigsten Falle in fünf Monaten die Produktion von etwa einem Monat dem Hausbrande zur Verfügung stellen können, wenn man Steinkohlen- und Braunkohlenproduktion zusammenrechnet. Hierzu wäre eine ganz wesentliche Senkung des Kohlen-Export-Programms erforderlich. Wir wissen, dass wir mittelbar und unmittelbar etwa eine Million t Kohle pro Monat exportieren,

dazu täglich 3,5 Mill. Kilowattstunden. Wir dürfen uns keinen Illusionen darüber hingeben, dass in der allernächsten Zeit eine wesentliche Senkung dieses Exportes sehr unwahrscheinlich ist. Andererseits sei auch eine nennenswerte Einschränkung der noch bestehenden Industriekapazität zugunsten der Hausbrandversorgung nicht mehr möglich. Niedersachen wisse man z.B. nicht, wie man den in der nächsten Zeit anfallenden Bedarf zum Ausdrusch der Ernte sichern solle. Ein grosser Teil der Industrie bekomme zwar die Kohle aus deutschen Kontingenten, müsse aber gegen befehlsmäßige Aufträge an die Besatzungsmacht liefern. Kubel nannte ein solches Verfahren "überraschend unfair". Nur eine günstigere Entwicklung der Witterung könne verhindern, dass wir noch schlechter vorbereitet in den kommenden Winter hineingehen müssen, als wir schon in den vergangenen Winter hineingingen. "Die deutsche Wirtschaft ist zusammengebrochen, die uns die materiellen Voraussetzungen zum Leben geben sollte. Wir wollen das klar sehen. Millionen krabbelnder Lebewesen, die irgendetwas tun, machen noch keinen wirtschaftlichen Organismus aus."

Genosse Karl Albrecht-Schleswig-Holstein nannte den Schrei nach der Entpolitisierung das wirksamste Mittel für die politische Reaktion und auch für die antidemokratischen Kräfte, weil sich in dieser Dunkelheit am ehesten betreiben lässt, was diesen Kreisen günstig erscheint. Er erinnerte an ein Wort Kurt Schumachers, dass gewisse Spannungen auch zwischen der SPD und den Gewerkschaften so oder so ausgetragen werden müssten, "weil wir auch hier auf gewerkschaftlichem Gebiet eine sog. Entpolitisierung feststellen können." Das Prinzip der Neutralität bedeute hier eine grosse Gefahr.

Genosse Karl Meitmann-Hamburg begründete den Antrag 1, den die Landesorganisation Hamburg eingebracht hat. In ihm sei bis einzelne festgelegt, unter welchen Voraussetzungen allein eine Zulassung der SPD in der Ostzone erfolgen könne. "Wir wünschen, dass in der deutschen Bevölkerung und in der Welt Klarheit darüber besteht, dass die Voraussetzung zur Bildung echten demokratischen Lebens und seiner Ausdrucksformen, nämlich der politischen Parteien, die Gleichheit ist."

Genosse Franz Marx, München sprach davon, dass sich in Deutschland die Kräfte wieder stabilisieren, die uns die Voraussetzungen der gegenwärtigen Katastrophe geschaffen haben. Er trat für eine radikale Veränderung der Eigentumsverhältnisse ein, die er "die Voraussetzung für das wirkliche Funktionieren der Demokratie nannte."

Die Genossin Jeannette Wolff, Berlin nahm sich der Judenfrage an, die die Sozialdemokratie als eine der wichtigsten Fragen in ihre Arbeit aufnehmen müsse. Es sei die Aufgabe der Sozialdemokraten, dafür zu sorgen, "dass die Quellen in Deutschland gesäubert werden, aus denen noch heute der Kampf gegen die Freiheit und auch der Kampf gegen das Judentum entströmt."

Für die besonderen Interessen der Ruhr sprach Wilhelm Nieswandt, Essen. Die vielgerühmte und vielzitierte Freiheit der Persönlichkeit werde leider auch in einem allzu umfassender Masse von den Kräften in Anspruch genommen, die einstmal die Ruhr beherrscht haben, und die Militärregierungen seien nur allzu geneigt, diese Kräfte als unentbehrliche Exponenten der Wirtschaft an der Ruhr immer wieder anzuerkennen. Die SPD müsse es ablehnen, sich unter das Nötte zu beugen, dass diese Herren auf Grund ihrer Fachkenntnisse unentbehrlich wären.

Genosse Otto Kott, Hessen sprach über die Gefahr der Radikalisierung und erklärte in anderem Zusammenhang: "Wenn das Ausland unsere Hilferufe nicht hört, nicht hören will, so machen wir das gesamte Ausland, vor allem aber das, was uns helfen kann, darauf aufmerksam, dass wir diese Hilferufe gar nicht auszusprechen brauchen, wenn das Ausland vor 1933 auf die Warnrufe der SPD gehört hätte."

Im seinem Schlusswort erklärte Dr. Kurt Schumacher, das Positive der Diskussion sei gewesen, dass die Kritik gut abgewogen war, dass sie sich gleichmässig auf die falschen Konsequenzen bezog, die auf ein Nichterkennen solcher Probleme durch die Besatzungsmächte hervorgehe und auf die innerdeutschen Faktoren. "Für uns als Sozialdemokraten ist die erste Aufgabe, mit Energie im eigenen Lande den eigenen Gegner zu stellen." Das Positive in der Kritik lag vor allem daran, dass jedesmal, wenn auf einen Misstand hingewiesen wurde, auch zu gleicher Zeit die Methoden der sozialdemokratischen Politik zu ihrer Überwindung aufgezeigt wurden.

Bei den sich andeutenden Zerreihsproben habe die Sozialdemokratie drei Aufgaben zu bewältigen: Wir müssen durch die Lebendigkeit der Demokratie in unserer Partei diese Partei zu einem ungeschriebenen Stück der Verfassung der deutschen Republik machen. Zum anderen müssen wir alle Kräfte anpacken für die Erhaltung und die Steigerung des Produktionswillens - eine unpopuläre Parole, aber eine notwendige Parole. Drittens lassen wir uns von dem Gedanken der Neuordnung und des Neubaus der Wirtschaftsverfassung, vom Sozialismus als aktueller Tagesaufgabe nicht abbringen.

Schumacher ging dann im einzelnen kritisch auf die Stellung der anderen deutschen Parteien in der augenblicklichen Situation ein, und stellte dazu abschliessend fest: "Nun müssen wir sehen, dass die politischen Parteien in Deutschland, die gegen die Sozialdemokratie stehen, dadurch, dass sie sich in ihrer Politik von dieser Feindschaft völlig faszinieren lassen, eine gegenrevolutionäre Rolle in der deutschen und in der europäischen Entwicklung spielen. Bei dieser Zuspitzung der Verhältnisse und bei der Empfindlichkeit der deutschen Stellung im europäischen Unglück ist heute aber eine bewusst deutsche ökonomische Potenzen vernichtende Politik, also eine anti-deutsche Wirtschaftspolitik, auch eine antieuropäische Wirtschaftspolitik."

Später warnte Schumacher vor der "Selbstzufriedenheit mancher gehobenen Funktionäre in der eigenen Partei". Immer wieder aber müsse alles getan werden, die Jugend zur aktiven Mitarbeit heranzuziehen. "Geben wir der Jugend nicht das Gefühl, dass sie auch als Generation besiegt ist. Nur wenn die Jugend als Generation Sieger wird, wird auch die deutsche Sozialdemokratische Partei siegen können. Sucht nach den jungen Menschen! Es gibt unter ihnen unzählige charakterlich und geistig potente Typen, die es wert sind, dass man nach ihnen sucht." Schumacher befasste sich dann mit den Verhältnissen in der Ostzone und erklärte dazu u.a. folgendes: "Man hat uns beschuldigt, als sozialdemokratische Partei Zonenpolitik zu machen. Es ist das ein sehr merkwürdiger Vorwurf gerade im Munde einer Partei, die den Versuch macht, die politischen Voraussetzungen ihrer Zonenpolitik auf das ganze Deutschland auszu dehnen. Die Sozialdemokratie hat stets eine Politik gemacht, als ob die Zonen nicht vorhanden wären, bei allen taktisch-praktischen Angleichungen an die Voraussetzungen des Tages. Diese Bereitschaft erdigt aber da, wo die bekannten grundsätzlichen Vorbehalte gemacht werden müssen."

Dann kam der Parteitag zur Abstimmung über den Punkt 2 der Tagesordnung, zu dem ein Vorschlag des Parteivorstandes und des Parteiaus schusses für eine Entschliessung. Diese Entschliessung, die in der darauf folgenden Abstimmung, einstimmig angenommen wurde, und die ein Kernstück der politischen Beschlüsse des Parteitages darstellt, hat folgenden Wortlaut:

"Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bekennt sich zum demokratischen, die Freiheit der Persönlichkeit bejahenden Sozialismus, als der Gesellschaftsform des neuen Europa.

Das Dritte Reich hat Europa überfallen und geplündert und schliesslich Deutschland in den Abgrund gestossen. Die Verelendung Deutschlands lässt jetzt Europa verarmen und ist ein Hindernis auf die wirtschaftliche Gesundung der Welt.

Die ständig wachsenden Mangel- und Hungerkrisen einer zerbröckelnden Wirtschaft führen in Deutschland zur Zerstörung und Auslöschung der menschlichen Arbeitskraft. Wenn die Arbeit nicht mehr instande ist, das Leben zu erhalten, verliert sie ihren Sinn. Produktionsmittel dürfen nicht zerstört, sondern müssen erhalten und neu geschaffen werden.

Der Erfolg der grossangelegten Hilfsaktion der USA für das zerrissene Europa ist in der Auswirkung von dem Tempo und der Intensität der Hilfe abhängig. Noch vor dem nächsten Winter muss auch das deutsche Volk den Glauben an eine Politik der Hilfeleistung und der Vernunft gewinnen können.

Eine erstarkende und vom Vertrauen der arbeitenden Massen getragene Wirtschaft wird die Anziehung ausüben, die über Zonengrenzen hinweg die ökonomische und politische Einheit Deutschlands zu bilden geeignet ist. Enttäuschungen dagegen erzeugen Glaubenslosigkeit und damit die politische Reservearmee, die Aussichtslosigkeit und Unwissen sich für Abenteuer missbrauchen lässt.

Die SPD sieht ihre Aufgabe darin, den Weg freizumachen für die Konzentrierung der Kräfte auf die Belebung und Stärkung einer geplanten Produktion

für Überwindung der unerträglichen Unterschiede in der Lebenshaltung durch die Angleichung der Lebensbedingungen

für eine Politik der sozialen Hilfeleistung an die Benachteiligten und Bedürftigen

für den gerechten Lastenausgleich, der die Bürden nach der Kraft der Schultern verteilt

für den Sozialismus als Träger der Demokratie und des Friedens und die Entmachtung der grosskapitalistischen Oliguen.

Die soziale Gerechtigkeit muss das tragende Prinzip des Aufbaues eines neuen Deutschland in einem neuen Europa sein."

In der Nachmittagsitzung am Montag kam der Parteitag zum 3. Punkt der Tagesordnung, der Entgegennahme des Arbeitsberichtes des Parteivorstandes.

Als erster nahm zum politischen Bericht Genosse Erich Ollenhauer das Wort. Er wies darauf hin, dass die vorgesehenen Referate der einzelnen Genossen des geschäftsführenden Vorstandes mündliche Ergänzungen zu dem schriftlich vorliegenden Bericht des Parteivorstandes über die Arbeit der Partei im Jahre 1946 darstellen (Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1946). "Wir glauben, dass der organisatorische Stand der sich günstig entwickelt hat, allein noch nicht ausreicht, um eine volle Aktionsfähigkeit der Partei zu erreichen". Ollenhauer sprach von der Schaffung einer Reihe von Fachausschüssen aus Vertretern der Partei aus allen Teilen Deutschlands, die auf den einzelnen Arbeitsgebieten über spezielle Erfahrungen und Kenntnisse verfügen. Es sei eine der wichtigsten Aufgaben, dafür zu sorgen, dass sich die Arbeit der SPD-Fraktionen in den einzelnen Länderparlamenten in den grossen Linien auf der Grundlage unserer einheitlichen Vorstellungen als Sozialdemokratische Partei

Deutschlands entwickeln."

Ollenhauer erinnerte an den Frankfurter Beschluss, neben den Organisationskörperschaften der Partei einen besonderen Arbeitsausschuss aus je zwei Vertretern der einzelnen sozialdemokratischen Länderfraktionen und aus den jeweils führenden Ministern in den Länderregierungen zu bilden. Weiter sei es Auffassung im Parteivorstand, dass man vor der dringenden Notwendigkeit stehe, die Betriebsarbeit zu aktivieren, dass man dazu kommen müsse, neben den nach Wohnbezirken gebildeten Organisationseinheiten auch besondere Betriebsgruppen der Parteimitglieder zu schaffen. Im Parteivorstand soll für alle diese Fragen ein besonderes Referat geschaffen werden. Aufgabe der Partei in den nächsten Jahren müsse es sein, auf Gebiete der politischen Funktionärsschulung wesentlich mehr als in der Vergangenheit zu tun, und auch Ollenhauer widmete sich eingehend dem Problem der jungen Generation Deutschlands und der Partei. Heute seien etwa 30.000 junge Parteigenossen in jungsozialistischen Arbeitsgemeinschaften zusammengefasst.

Über Organisation und Kasse sprach Genosse Alfred Nau. Danach betrug am 31. März 1947 die Mitgliederzahl in den Westzonen einschliesslich Berlin 782.000. - zum Parteitag 1946 in Hannover war die Zahl von einer halben Million noch nicht erreicht. Für den 30. Juni sei mit weit über 800.000 politisch in der Sozialdemokratischen Partei Organisierten zu rechnen. Interessant sei auch, dass das Anwachsen der Partei prozentual weit stärker sei als der Zugang der Bevölkerung in den Westzonen durch die grossen Menschenbewegungen der letzten Jahre.

Die Beitragsverpflichtungen der Bezirke gegenüber dem Parteivorstand seien durch Bestimmungen im Statut der Partei und durch Beschlüsse des Parteiausschusses festgelegt. Bis zum 20. Juni 1947 betragen die Beiträge beim Parteivorstand rund 565.000 Mark. Eine gewisse Änderung wird insofern eintreten, als mit Wirkung vom 7. Juli 1947 die Eintrittsgelder in voller Höhe bei den Bezirksverbänden und bei den Ortsvereinen bleiben, womit einem allgemeinen Wunsch Rechnung getragen werden soll.

Die im Oktober 1946 gegründete Konzentration GmbH, eine Interessengemeinschaft sozialistischer Wirtschaftsunternehmen, unterscheidet sich in ihrer Struktur wesentlich von der alten Gesellschaft von vor 1933. Jene war eine Aktiengesellschaft, und die Aktionäre waren fast ausschliesslich Mitglieder des Parteivorstandes. Die neue Gesellschaft unter Leitung von Karl Storbeck aber sei eine GmbH und lasse jedes Unternehmen mit gleichem Anteil gleichberechtigt teilnehmen. Die Konzentration habe nur wirtschaftliche Aufgaben. Die alten Werte unserer Druckerei- und Verlagsunternehmen der 1933 geraubten Besitzgüter werde auf 90 Millionen Mark geschätzt.

Genosse Fritz Heine gab dann den Bericht über Presse und Propaganda. Die Freiheit der Meinungsäusserung, die erste der vier Freiheiten, sei die Vorbedingung für eine wirkungsvolle sozialdemokratische Presse- und Propagandarbeit. "Dass es in unserem Lande ohne Souveränität, okkupiert von vier untereinander uneinigen Siegermächten, keine unbeschränkte Freiheit der Meinungsäusserung geben kann, ist verständlich und muss hingenommen werden. Mit der einen grossen Ausnahme der Ostzone haben wir jedoch, im Ganzen gesehen, heute bereits wieder einen beträchtlichen Teil dieser wesentlichen Freiheit zurückgehalten. Was heute geschrieben, gesprochen, vorgetragen und vorgeführt werden kann, ist weit mehr als je seit 1933 möglich war." Heine sprach dann davon, dass der Versuch, einem Lande mit einer dreihundertjährigen Zeitungstradition eigene Zeitungsmethoden aufzuzwingen, beendet werden sollte. Ein solcher Versuch sei eines der Haupthindernisse dafür, dass wir heute noch keine deutsche, sondern nur eine Zonenpresse haben. Heine beklagte Umfang und spärliche Erscheinungsweise der deutschen Zeitungen in den Westzonen - "ein fast klassisches Beispiel dafür, wie unwillentlich

durch ein Minimum an Ersparnis ein Maximum an Schaden angerichtet werden kann." Gegenwärtig gehe es 27 sozialdemokratische Zeitungen mit einer Gesamtauflage von 2,5 Millionen Exemplaren. Es forme sich ein neuer sozialdemokratischer Zeitungstyp: an die Stelle der mehr dem Funktionär zugeordneten Zeitung trete ein Blatt, das sich vor allem an die breite Leserschaft der arbeitenden Bevölkerung wende. "Wir wollen, dass die neue sozialdemokratische Presse weiter greift, in Neuland vorstößt und mitteilt, Schranken der Vorurteilbarkeit und Ignoranz abzubrechen. In der Propaganda sei man sehr fege gewesen. In den 23 westlichen Bezirken der Partei, also ohne Berlin, habe die Sozialdemokratie 1946 neben den üblichen monatlichen Mitgliederversammlungen 52.000 Versammlungen abgehalten, an denen rund 14 Millionen Männer und Frauen beteiligt waren.

Herta Gotthelf erstattete den Arbeitsbericht über das Frauenpartei-ariat. Ende März 1947 habe die Partei 130.166 Frauen gezählt - 16,66% der gesamten Mitgliedschaft. Ende 1946 habe der gleiche Prozentsatz 15,4 betragen. Obwohl man einmal vor aller Öffentlichkeit feststellen könne, dass in keiner politischen oder sonstigen Organisation 130.000 Frauen organisiert sein, müsse man doch versuchen, diesen Anteil im kommenden Jahr noch wesentlich zu erhöhen. Die Genossin schlug vor, das Parteistatut dahingehend abzuändern, dass zusätzlich die Bezirke, die den Reichsdurchschnitt des prozentualen Anteiles der Frauen an der Gesamtmitgliedschaft erreicht haben, ebenfalls berechtigt sind, eine Frau in den Parteiausschuss zu delegieren. Damit soll erreicht werden, dass kleine Bezirke, die an sich niemals die Zahl von 5.000 Frauen erreichen können, ebenfalls die Möglichkeit haben, durch eine Frau im Parteiausschuss vertreten zu sein.

Im Namen der Kontrollkommission erklärte Genosse Schönfelder, Hamburg nachdem er sich kurz über die Funktionen der Kommission geäußert hat, dass Beschwerden über den Parteivorstand bis heute nicht eingelaufen seien. Er sprach von seinem Auftrag, nicht nur die geschäftsordnungsmäßige Entlastung auf den ganzen geschäftsführenden Vorstand auszudehnen, sondern auch im Namen der Kontrollkommission und im Namen der Partei den Genossen Dank und Anerkennung auszusprechen.

Die Dienstag-Sitzung stand im Zeichen der Rede des Ministers des Innern von Rheinland-Westfalen, dem Genossen Walter Menzel, über den Aufbau der deutschen Republik. Vorher freilich wurde die Diskussion zum Arbeitsbericht des Parteivorstandes fortgesetzt. Dabei setzte sich auch der Genosse Heinrich Schroth, Solingen für die Bildung neuer Betriebsgruppen und für die Schaffung von Referaten für die politische und die Schulungsarbeit als erste und wichtigste Aufgabe des Parteivorstandes ein. Er anerkannte ausdrücklich die getreue Pflichterfüllung einer ganzen Reihe alter und ältester Genossen in der Partei. Aber er müsse doch darauf aufmerksam machen, dass sie mit dem Gewicht ihrer Autorität junge aufkommende Kräfte manchmal ersärbeten und sie einfach nicht zum Zuge kommen lassen.

Im Namen der jungen Generation sprachen dann auch die Genossen Heinz Mehnert, Hannover und Hans Hornsdorf, Hannover. Genosse Hornsdorf definierte als den obersten Grundsatz der Arbeit der Jungsozialisten, nach wie vor die Schulungsarbeit und die Erziehung dieser jungen Freunde im sozialistischen Geist. Dabei läge in der Jungsozialistenarbeit die Stärke heute nicht mehr so sehr wie früher in der Stadt, als habe vielmehr gerade in dem ländlichen Gebiet ein ganz enormer Aufschwung erblüht. Dort liege noch ein gewaltiges Reservoir für die Arbeit.

Im weiteren Verlauf der Diskussion sprach dann die Genossin Anni Kranstöver, Berlin zur Frage einer stärkeren Heranziehung der Frauen zur politischen Arbeit, und der Genosse Adolf Dürnebacke, Berlin, der sich vor allem mit der gewerkschaftlichen Entwicklung befasste. Genosse Bergmann, Essen begrüßte besonders den Plan, eigene Betriebsgruppen aufzuziehen, an dessen Verwirklichung man allerdings sehr spät herangehe. Zur Frage der Jungsozialisten forderte er, dass diese die entscheidendsten Funktionäre in der Partei und zu gleicher Zeit im Betrieb werden müssten. Die Diskussion wurde zu Ende geführt von dem Genossen Erwin Stein, Rheinpfalz und Wilhelm Nieswandt, Essen. Schliesslich nahm Frich Ollenhauer noch einmal das Wort zu einigen in der Tagesordnung vorgesehenen Anträgen. Er zog das Fazit der Aussprache mit der Feststellung, die Diskussion habe gezeigt, dass der Parteitag die vom Parteivorstand und seinen Einrichtungen im vergangenen Jahr geleistete Arbeit im allgemeinen anerkannt habe. Als die beiden Hauptpunkte der Diskussion nannte er die Gewerkschaftsfrage und das Verhältnis zwischen Partei und Jugend. Ganz selbstverständlich stünde die SPD wie immer in ihrer Geschichte positiv zur Gewerkschaftsbewegung. Es sei die Auffassung der Partei, dass die Entwicklung und die Ausgestaltung einer starken Gewerkschaftsbewegung und einer aktiven Gewerkschaftspolitik für den Bestand der deutschen Demokratie und für die Entwicklung eines sozialistischen Gemeinwesens eine Lebensnotwendigkeit sei. "Wir sehen auch heute in der Gewerkschaftsbewegung den zweiten Teil der grossen Säule der deutschen Arbeiterbewegung, von deren Stärke und Einfluss unendlich viel für die Durchsetzung unserer sozialistischen Vorstellungen abhängt."

Zum anderen Punkt stellte er fest, dass auf allen Tagungen der Arbeitsschusses der Jungsozialisten nicht die geringste Meinungsverschiedenheit darüber bestanden habe, dass die Jungsozialistengruppen von heute in der Partei in erster Linie das Ziel haben müssen, diese Jungsozialistengruppen zu Aktivgruppen der Gesamtpartei heranzubilden.

Nach der geschäftsordnungsgemässen Erledigung einer Reihe weiterer kleiner Anträge begrüßte der Vertreter der italienischen Sozialisten Simonini den Parteitag. Nach der schmerzlichen Trennung, die augenblicklich zu zwei sozialistischen Parteien in Italien geführt habe, werde sich hoffentlich bald doch wieder die Einigung durchsetzen.

Dann erteilte der Vorsitzende Rosemann, Nürnberg dem Genossen Dr. Walter Menzel das Wort zu seinem grossen innerpolitischen Referat.

Als erster Redner in der Diskussion zu diesem Referat sprach der Genosse Karl Schmid, Tübingen, dessen Ausführungen besonders wirksam waren. Man solle sich keiner Täuschung darüber hingeben, dass die Zeiten des Wiener Kongresses vorbei sind, wo man noch glauben konnte, die Verfassung Deutschlands im Wege eines völkerrechtlichen Vertrages schaffen zu können. Nur eine von der politischen Repräsentation des deutschen Gesamtvolkes geschaffene Reichsverfassung würde das deutsche Volk als verpflichtend anerkennen. Die kommende deutsche Verfassung würde keinen Staatenbund vorsehen und sicher auch nicht den zentralistischen politischen Ausbeutungstrust, den die SED in ihren ferngesteuerten Gehirnen ausgebrütet haben.

Auch innerhalb der SPD würde es über Einzelheiten Meinungsverschiedenheiten geben und geben müssen. "Aber klar muss für uns alle sein: Nicht die Länder sollen diese Dinge bestimmen, sondern das Gesamtvolk. 2.) Immer haben die Interessen des Ganzen den Interessen der Glieder voranzugehen." Schmid begrüsst die Achtung des Krieges in den angenommenen Leitsätzen und empfahl, bei der Prüfung des richtigen Wahlrechtes, sich davor zu hüten, sich selbst mit einigen Schlagworten abzuspannen. Sehr ausführlich befasst sich mit dem Verhältnis der Besatzungsmächte zur Verfassungsfrage und stellt fest, dass es kaum möglich sei, unter der Taucherglocke einer absolutistischen Besatzungsverfassung einen demokratischen Rechtsstaat aufzurichten. Die Besatzungsherrschaft müsse rechtsstaatlich werden und das könne nur dadurch geschehen, dass die Besatzungsmächte, die souverän sind, sich aus eigenem Beschluss beschränken, dass sie für ihre Dienststellen und für ihr Verhältnis zu den deutschen Stellen Reglements erlassen, in denen all das enthalten ist, was man seit zweihundert Jahren für das wesentliche eines Rechtgefüges, einer herrschaftlichen Organisation ansieht.

Nachdem Genosse Görlinger, Köln, sprach der Genosse Andreas Gayk, Kiel, der einen gründlichen Meinungsaustausch zum modifizierten Mehrheitsrecht, das der von Schleswig-Holstein eingebrachte Antrag vorsieht, als notwendig bezeichnete. Eine Reihe von Gesichtspunkten, die sich gegen die Auffassungen von Schmid und Gayk wandten, brachte der Genosse Jakob-Serlahn zum Ausdruck, nach dessen Meinung sich die schleswig-holsteinischen Verhältnisse im Augenblick nur schwer auf die Verhältnisse in anderen Ländern übertragen lassen.

Nach einem Schlusswort des Genossen Walter Herzog, der die Gesichtspunkte der Diskussion noch einmal kurz zusammenfasste und darauf erwiderte, kam man zur

Wahl des Parteivorstandes.

Partei Vorstand und Parteiausschuss schlugen vor, die Zahl der besoldeten Parteivorstandsmitglieder wegen der Grösse der zu erledigenden Aufgaben von fünf auf acht zu erhöhen, die der Gesamtzahl der Mitglieder des Parteivorstandes von 26 auf 30. Als Namen für den besoldeten Parteivorstand wurde vorgeschlagen, die Genossin Herta Gotthelf, die bisher das Frauensekretariat der Partei geleitet hat, und der Genosse Egon Franke, der Bezirkssekretär eines der grössten Bezirke, nämlich Hannovers. Er soll in erster Linie die Aufgabe haben, die organisatorischen Aufgaben in die Hand zu nehmen. Erich Ollenhauer erbat für Parteivorstand und Parteiausschuss die Vollmacht, den dritten Platz während der kommenden Arbeitsperiode bis zum nächsten Parteitag nach eigenem Ermessen zu benennen.

Helmut Mathias-Berlin gab seinem Bedauern darüber Ausdruck, dass die Vorstandskandidaten erst kurz vor der Wahl bekannt gegeben wurden. Darin soll künftig eine Besserung eintreten, damit sich die Delegierten rechtzeitig ein genaues Bild von den Kandidaten machen könnten. Auch vermisst er mehrere Vorschläge, aus denen man auswählen könnte.

Der Antrag 47, der jene Vollmacht für Parteivorstand und Parteiaus-
schuss betraf, wurde gegen 61 Stimmen angenommen, deren Sprecher
ebenfalls Matthias gewesen war.

Die bisherige Zusammensetzung der Kontrollkommission wurde dann
bestätigt; diese setzt sich zusammen aus den Genossen:

Gustav Brätke,	Karl Seeser,
Walter Damm	Jacob Steffan
Heinrich Höcker,	Fritz Ullrich
Georg Richter,	Christian Wittsock
Adolf Schönfelder	

Die Wahl des Vorstandes, deren Ergebnisse nach dem Nölting-Referat
seiner Diskussion festgestellt wurde, führte zu folgendem Resultat:

Anwesende Stimmberechtigte	357
Abgegebene Stimmzettel	344
Ungültige Stimmzettel	3
Gültige Stimmzettel	341

Davon erhielten:

Dr. Kurt Schumacher, Vorsitzender	340
Erich Ollenhauer, Stellv. Vorsitzender	337
Herta Gotthelf, Besoldetes Mitglied	332
Fritz Heine "	327
Alfred Nau "	327
Herbert Kriedemann "	239
Egon Franke "	221

Von den unbesoldeten Mitgliedern des Parteivorstandes erhielten
Stimmen: Fritz Henschler 335, Dr. Karl Schmid, 335, Louise Schröder
332, Franz Neumann 331, Franz Bögler 326, Julius Loesemann 324, Karl
Meitmann 324, Wilhelm Kaiser 323, Dr. Victor Agartz 321, Andreas Gayk
320, Adolf Grimme 315, Willy Eichler 314, Willi Knotho 314, Valentin
Baur 311, Dr. Walter Menzel, 308, Ernst Giese 306, Lisa Albrecht 304,
Emil Gross 304, Fritz Helmstetter 304, Dr. Hermann Veit 289, Robert
Görlinger 258, Dr. E. Selbert 253.

Weitere Stimmen erhielten: Marta Fuchs 236, Anna Bayer 225, Dr. Her-
mann Brill, 1, Waldemar von Knöringen 1 Stimme.

Zu den wirtschaftspolitischen Folgerungen der Sozialdemokratie sprach
als Berichterstatter Genosse Prof. Dr. Eric Nölting, Wirtschaftsmini-
ster von Nordrhein-Westfalen. Über die erste Phase unserer Bewegung,
Begründung und Lehre, und die zweite Phase, Agitation und Werbung, hin-
aus, sei der Sozialismus inzwischen in seine dritte Phase einge-
treten, Verwirklichung und Erfüllung. Verwirklichung der sozialisti-
schen Idee auf wirtschaftlichem Gebiet aber bedeute Lenkungswirtschaft
und Sozialisierung. "Wir wollen dreierlei: Wir wollen erstens eine
Reihe von Wirtschaftszweigen durch Übergang des Eigentums in die
öffentliche Hand restlos und unmittelbar auf das Gemeinwohl aus-
richten. Wir wollen eine weitere Reihe von Wirtschaftszweigen stärken
als es bisher der Fall war, mit gemeinwirtschaftlichen und nament-
lichen genossenschaftlichen Unternehmen durchsetzen und wir wollen
drittens die gesamte Wirtschaft in den staatlichen Ordnungs- und Len-
kungsrahmen einbauen, denn auch der Restkapitalismus ist in die all-
gemeine Wirtschaftspolitik einzufügen."

Auch der proletarische Diktaturstaat wäre praktisch ein totalitärer Staat strengster Observanz und man dürfe nichts propagieren, das nur von fern nach einem neuen Totalitarismus schmecke. Wofür man dem Gegner nicht eine höchst wirksame und gefährliche Waffe in die Hand spielen wolle.

In der Diskussion sprachen Genossen Simon-Trankend und Gustav Dahrendorf-Hamburg.

Nach dem Schlusswort Nöltings kam man zur Abstimmung über den Antrag 17, in dem der Unter-Bezirk Altena-Lüdenscheid die Durchführung einer Volksabstimmung über die Sozialisierung und über die Bodenreform fordert. Der Antrag wurde gegen 11 Stimmen gemäss dem Vorschlag des Vorsitzenden dem Parteivorstand überwiesen.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung, der Kulturpolitik der Sozialdemokratie, sprach dann als Berichterstatter Genosse Hennig-Hannover. Er erinnerte an zwei Entschliessungen der vorangegangenen kulturpolitischen Tagung in Erlangen. Der eine Antrag betraf die Ausgestaltung der Kulturzentrale beim Parteivorstand. Der andere lautete:

Die auf der kulturpolitischen Tagung der SPD in Erlangen versammelten Teilnehmer sind überzeugt, dass es nötig ist, die philosophischen Grundlagen der sozialistischen Bewegung neu zu studieren und zu formulieren. Sie bitten den Parteivorstand, möglichst bald eine Kommission einzusetzen, die sich dieser Aufgabe unterzieht.

Hennig führte weiter aus; es handele sich heute nicht darum was vor einhundert Jahren einigal Männer gedacht und gesagt hätten. Vieles davon sei unvergänglich. Aber für den Sozialismus als Wissenschaft genüge es nicht, sich allein Quellenforscherisch und historisierend zu verhalten, er müsse vielmehr die Gegenwart verarbeiten. Was Karl Marx getan habe, war nicht anderes, als dass er die Philosophie, die Soziologie, die Ökonomie seiner Zeit verarbeitet habe. Wir müssen das gleiche tun. Wir müssen das ungeheure Material aufarbeiten, das in der soziologischen Forschung der letzten Jahrzehnte, in den naturwissenschaftlichen Ergebnissen eines halben Jahrhunderts, in der zeitgenössischen Philosophie vorliegt, und müssen daraus die neuen geistigen Grundlagen der Partei formulieren. Wir stehen überall, wo wir auf junge Menschen treffen, auf dem Stand, das wir zu eng seien, dass wir im Grunde genommen auf dem Standpunkt von vor 100 Jahren stehen. Es wird hohe Zeit, dass wir uns diesem Trugschluss entgegenstellen. Wir hätten es längst gekannt, wir haben die Konzeption, aber wir haben noch nicht die Zeit gefunden, sie auszuarbeiten und sie zu popularisieren. Der zu berufende Kulturausschuss wird die Köperschaft sein, die auf diesem Gebiet entscheidende Schritte vorzubereiten hat, die hoffentlich dem nächsten Parteitag zur Beschlussfassung vorgelegt werden können.

In der Diskussion bat Genosse Dr. Barger-Niederbrunn, doch nicht zu vergessen, dass sehr viele Genossen ihren Sozialismus nicht von der Bergpredigt, sondern von Karl Marx herleiten. In weiten Bezirken unseres Vaterlandes würden sehr viel mehr junge Sozialisten durch die Lehren von Karl Marx zu uns geführt als durch die Lehren der Bergpredigt. Genosse Barger verlangte ein festumrissenes Schulprogramm.

Genosse Schuldt-Hamburg erinnerte an die "im wesentlichen doch proletarische Tradition unserer Bewegung", die man nicht vergessen solle über all den Forderungen, die durch die heute so grundlegend veränderten Verhältnisse akut geworden sind.

Genosse Mellies-Bielefeld sagte, man müsse überall auf kulturellem Gebiet feststellen, dass die ungeheure Machtposition der Sozialdemokratie noch keineswegs zum Durchbruch gekommen sei und man müsse mit Nachdruck darauf drängen, dass auf beiden Gebieten, sowohl in der Verwaltung als auch auf kulturellem Gebiet der Einfluss der SPD so stark werde, wie es der politischen Struktur der Bevölkerung entspreche. Zu Fragen der Kulturpolitik sprachen dann noch vor dem Schlusswort Arno Hennig, die Genossen Gertrud Greising-Hannover und Reinhardt-Wiesbaden.

Es wurde dann die Einsetzung eines kulturpolitischen Ausschusses für die Gesamtpartei beschlossen.

Den Bericht über die agrarpolitische Kommission erstattete Herbert Kriedemann-Hannover. Die Bodenreform sei nach der Ansicht der Kommission Ausgangspunkt für die neue Agrarpolitik. "Die Gegner reden immer mit Vorliebe über Kunstdünger und Maschinen, wenn von der notwendigen Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung gesprochen wird. Wir dagegen weisen daraufhin, dass es vor allem darauf ankommt, den Menschen in eine bessere Beziehung zu dieser Arbeit zu bringen. Unserer Auffassung nach soll der Boden in das Eigentum derjenigen kommen, die ihn fast täglich bearbeiten. Darum können wir in der Bodenbesitzreform keine Kompromisse vertreten." Man wolle vor allen Dingen den Vertriebenen, die einen berechtigten Anspruch darauf haben, wieder Boden unter die Füße geben. Das soll in der Form geschehen, die die Ernährung unseres Volkes, die landwirtschaftliche Leistung aus eigenem Boden nicht gefährdet.

Das Referat bzw. der Bericht fand in einzelnen Punkten gewisse Kritik, so durch den Genossen Franz Kaiser, Bremen, der darauf hinwies, dass das wichtigste Problem, das heute im agrarpolitischen Ausschuss zu lösen sei, das Problem der Ernährung sei. Es wäre endlich an der Zeit, dass der agrarpolitische Ausschuss entsprechende Vorschläge beibringe, die man den Landtagsfraktionen überweisen könne, damit Gesetze geschaffen werden könnten, die die Ernährung erfassen und verteilen. In der Diskussion sprachen weiter die Genossen Magnus Bunk-Schwaben, August Blanke-Düsseldorf und Alfred Gleisner-Hamm. Sie alle befassten sich des näheren mit der Stellung der Sozialdemokratie zur Landbevölkerung und insbesondere auch den Bauern, den materiellen und psychologischen Schwierigkeiten, die hier einer sozialistischen Aufklärungsarbeit im Wege stehen und ihren Möglichkeiten. Vor dem Schlusswort Kriedemanns sprachen noch die Genossen Gebhardt und Jäckel.

Zu den sozialpolitischen Forderungen der Sozialdemokratie (Tagesordnung Punkt 6b) sprach Genosse Dr. Paul Nevermann. Er berichtete über die Berufung eines sozialpolitischen Ausschusses durch den Parteivorstand. Dieser Ausschuss habe sich inzwischen mit den Vorarbeiten für ein sozialpolitisches Programm beschäftigen können und gerade jetzt während des Parteitages sei der Entwurf eines solchen Sozialprogramms festgelegt. Er werde den Bezirken und insbesondere ihren sozialpolitischen Ausschüssen zur Stellungnahme überwiesen werden.

Zum Thema Sozialpolitik sprach dann, mit Beifall besonders warm begrüßt, Genosse Rudolf Wissell. Er erinnerte an die erschütternde Feststellung des sozialpolitischen Ausschusses, dass heute fast die Hälfte der Arbeiter nicht in der Lage sei, mit ihrem Arbeitsverdienst auch nur die jetzigen Hungerrationen zu bezahlen. Er unterstrich die Bedeutung der Gewerkschaften für alle Fragen der Sozialpolitik und forderte, dafür zu sorgen, dass eine einheitliche Sozialpolitik in ganz Deutschland geschaffen werde, und zwar schon während der Besatzungsperiode. In den Abstimmungen zu den Anträgen dieses Arbeitsgremiums wurden die Anträge 35 (Bezirk Hannover) und 36 (Unterbezirk Göttingen) durch den Parteitag selbst einstimmig angenommen. Sie

befassten sich mit Massnahmen zur tatkräftigen Hilfe für die Opfer des Faschismus.

Zu einem Antrag, der sich mit dem Flüchtlingsproblem beschäftigte, sprach Genosse Herder, Regensburg, selbst ein Flüchtling. Gleichberechtigung sei die Forderung seiner Schicksalsgenossen, und zwar Gleichberechtigung mit der einheimischen Bevölkerung. Auf diesem Gebiet sei ohne Zweifel schon Erhebliches geleistet worden, besonders in Bayern, und hier vor allem dank der Initiative der deutschen sozialdemokratischen Flüchtlinge auf gesetzgeberischem Gebiet, wie auf dem Gebiete der Ernährung. Genosse Herder trat auch für eine gleichmässige Verteilung der Flüchtlinge auf die einzelnen Zonen ein, und schliesslich mit grossem Nachdruck für die Verwirklichung eines gross gerechten Lastenausgleichs.

Angenommen wurde ein Antrag (27), der von der Landesorganisation Hamburg eingebracht worden war und in dem Einzelnen die Notwendigkeit begründet war, unter allen Umständen dafür einzutreten, dass in der Verwaltung als dem Vollzugsorgan des Volkswillens, nur wirklich demokratische Kräfte tätig sein sollten. Daran schloss sich eine Debatte über einen Antrag 38, der dem Parteitag vorschlug, zu beschliessen, sämtliche Mitglieder der SPD aus den Entnazifizierungsausschüssen zurückzuziehen, da Form und Handhabung der Entnazifizierung nicht die Billigung der SPD fänden. Dazu sprach der Genosse Rühmke-Hildesheim, der feststellte, dass sich die Entnazifizierung in einer absoluten Krise befinde. Seine Ausführungen ergänzte in einigen Punkten Genosse Heinrich Kramer-Bielefeld. Die englische Militärregierung müsse wissen, dass eine Entnazifizierung, wie sie gegenwärtig gehandhabt werde, unmöglich sei. Sehr lebhaft befasste sich auch die Berliner Genossin Jeanette Wolff mit dieser Frage, die den Vorwurf erhob, dass die Menschen, die die Entnazifizierung durchführen, vielfach nicht das nötige Rückgrat besässen. Für den Parteivorstand sprach zum Thema die Genossin Dr. Selbert. Ollenhauer vertrat die Ansicht, dass die Annahme dieses Antrages das Problem nicht lösen würde. Die Dinge lägen einmal in den einzelnen Zonen verschieden, zweitens liessen sich Einzelfälle, wie sie in der Begründung des Antrages angeführt waren, nicht zur Grundlage einer politischen Entscheidung von allgemeiner Bedeutung machen. Bei der Abstimmung ergab sich eine Mehrheit für den Vorschlag des Parteivorstandes und des Parteiausschusses, den Antrag zur weiteren Behandlung und zur Nachprüfung dem Entnazifizierungsausschuss beim Parteivorstand zu überweisen.

Angenommen wurden dann noch eine Reihe weiterer Anträge, darunter eines, der zum Ausdruck bringt, dass die Sozialdemokratie alle Anstrengungen machen werde, um die Kriegsgefangenen so schnell wie möglich in die Heimat zurückzubringen, und ein weiterer, der eine beschleunigte Regelung und Durchführung von Ausschlussverfahren gegen Mitglieder vorsieht, die sich in irgendeiner Form schuldig gemacht haben. Paul Löbe-Berlin richtete dann Worte des Gedenkens an die Älteren und Worte des herzlichsten Dankes an die Jüngeren für ihre im letzten Jahre bewiesene politische Aktivität. Dann sprach Kurt Schumacher noch einmal ganz kurz, wobei er von der Hoffnung sprach, dass die deutsche Sozialdemokratie und das deutsche Volk nun schon näher an die Welt herangekommen seien. Dann hatte Erich Ollenhauer das Wort, der im Namen der Partei allen Beteiligten seinen Dank aussprach, und der Parteitag schloss mit dem gemeinsamen Gesang: "Auf ihr Sozialisten, schliesst die Reihen."